



PROF. DR. HANS-PETER MAYER
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Brüssel, 29. November 2001

Pressemitteilung 21/01

Regieren in Europa - Die Belange der Regionen werden stärker berücksichtigt

Der Europaabgeordnete Prof. Dr. Hans-Peter Mayer begrüsst den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Verbesserung des Europäischen Regierens

Vor kurzem verabschiedete die Kommission in Brüssel ihr Weissbuch zur Reform des Regierens in Europa. Es enthält Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsweise der Europäischen Union und zur Überbrückung der Kluft zwischen der EU und den Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern. Der Vorschlag der Kommission beruht auf fünf Grundsätzen, die für ein demokratisches Regieren wichtig sind: Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz.

"Das Papier erkennt die wichtige Rolle der Regionen, wie beispielsweise des Oldenburger Münsterlands oder des Weser-Ems-Raums, an. Es verspricht eine größere Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips", meint der CDU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer aus Vechta.

Zur Umsetzung befürwortet die Europäische Kommission zum einen die Ausweitung der Kooperation zwischen den Regionalverbänden und dem Ausschuss der Regionen. Noch wichtiger ist jedoch das Ziel, eine grössere Flexibilität der Rechtsvorschriften zu erreichen. Bisher gelten die Rechtsvorschriften der Gemeinschaft weitestgehend in allen 15 Mitgliedstaaten in der gleichen Weise. "Das führt häufig zum Versuch der Durchsetzung von Einzelinteressen in Brüssel, so dass die einzelnen Rechtsvorschriften überfrachtet werden", stellt Hans-Peter Mayer fest. Die Öffnung der Gemeinschaftsprogramme und -vorschriften sei elementar für die Einbeziehung der Kommunen und Regionen.

Denkbar sind dreiseitige Verwaltungsvereinbarungen zwischen Deutschland und ausgesuchten Regionen oder Kommunen einerseits und der Kommission andererseits etwa in den Bereichen Regional- oder Umweltpolitik. Bei aller Flexibilisierung muss allerdings ein für alle Mitgliedstaaten geltender Gesamtrahmen gewährleistet bleiben, da sonst der gemeinsame Binnenmarkt gefährdet ist.

Hierzu sagt Hans-Peter Mayer: "Es handelt sich bei den Vorschlägen der Kommission um eine gute Diskussionsgrundlage. Meine Kollegen im Europäischen Parlament und ich werden dafür Sorge tragen, dass die Interessen der Regionen und Kommunen ausreichend berücksichtigt werden."